REGIONALGESETZ VOM 18. FEBRUAR 2005, NR. 1

Familienpaket und Sozialvorsorge^{1 2}

I. KAPITEL

Vorsorge und Sozialversicherungen

Art. 1 Rentenmäßige Absicherung der Erziehungszeiten

(1) Denjenigen, die dazu ermächtigt sind, in eine der Vorsorgekassen für FreiberuflerInnen bei Rentenverwaltungen für abhängig oder selbständig Erwerbstätige oder bei der getrennten NISF/INPS-Verwaltung freiwillige Beiträge einzuzahlen, und seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben, kann für die Zeiträume, in denen sie sich der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder oder Pflegekinder widmen, der Beitrag laut Abs. 2 entrichtet werden, sofern die Kinder ihren Wohnsitz im Gebiet der Region haben. Den unselbständig Erwerbstätigen steht der Beitrag für die nicht rentenmäßig abgesicherten Wartestandszeiten zu. Die bei öffentlichen Verwaltungen tätigen ArbeitnehmerInnen und diejenigen, die eine direkte Rente beziehen, haben kein Anrecht auf den Beitrag.³

(2) Der Beitrag wird in Höhe der getätigten freiwilligen Beitragszahlung zur Deckung der Zeiträume laut Abs. 1 entrichtet und darf keinesfalls den Betrag von 9 Tausend Euro auf Jahresbasis sowie den Höchstbetrag von insgesamt 18 Tausend Euro überschreiten. Der Beitrag steht von der Vollendung des dritten Lebensmonats bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes bzw. im Falle einer Adoption vom Ende des dritten Monats bis zum Ende des dritten Jahres ab dem Datum der Adoptionsmaßnahme zu. Im Falle der Anvertrauung eines Pflegekindes steht der Beitrag unabhängig vom Alter des Kindes für die gesamte Dauer der Anvertrauung zu.⁴

(3) Der Beitrag laut Abs. 1 und 2 kann im Falle von Geburt, Adoption oder familiärer Anvertrauung auch den selbständig Erwerbstätigen und den freiberuflich Tätigen in Höhe der eingezahlten Pflichtvorsorgebeiträge entrichtet werden, wobei er keinesfalls den Betrag von 4 Tausend Euro auf Jahresbasis sowie den Höchstbetrag von insgesamt 8 Tausend Euro überschreiten darf.⁵

(4) Denjenigen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben und die innerhalb des fünften Lebensjahres des Kindes oder innerhalb fünf Jahren ab dem Datum der Adoptionsverfügung in Teilzeit arbeiten, kann ein Beitrag zwecks Ergänzung der zu entrichtenden

¹ Im ABl. vom 21. Februar 2005, Nr. 7, Sondernummer.

² Siehe das DPRReg. vom 15. Juni 2005, Nr. 9/L, das DPRReg. vom 27. Oktober 2005, Nr. 13/L, das DPRReg. vom 4. Juni 2008, Nr. 3/L, das DPRReg. vom 17. Juni 2009, Nr. 2/L, das DPRReg. vom 15. Mai 2012, Nr. 5/L und das DPRReg. vom 12. Juni 2012, Nr. 6/L, mit denen die Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz genehmigt wurde.

Siehe das Dekret des Präsidenten der Provinz vom 9. November 2005, Nr. 21-51/Leg., geändert durch das Dekret des Präsidenten der Landesregierung vom 4. Oktober 2006, Nr. 17-70/Leg. beschränkt auf die Provinz Trient, mit dem dieses Gesetz und die entsprechende regionale Durchführungsverordnung (DPRReg. vom 15. Juni 2005, Nr. 9/L) beschränkt auf die Provinz Trient Anwendung gefunden haben. Siehe das DPRReg. vom 28. April 2006, Nr. 5/L, mit dem die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz geändert wurde. Siehe außerdem den Beschluss der Regionalregierung vom 26. Juli 2006, Nr. 233 betreffend von der Autonomen Provinz Bozen festgelegte Kriterien für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage der Familie – Zeitliche Verlängerung bis zum 31. Dezember 2007 sowie das DPRReg. vom 23. August 2006, Nr. 11/L.

³ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 1 des RG vom 27. September 2010, Nr. 2, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 geändert.

⁴ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 2 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3, durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 15. Dezember 2016, Nr. 17 geändert, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

⁵ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 2 des RG vom 27. September 2010, Nr. 2, durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 und durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 15. Dezember 2016, Nr. 17 geändert, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

Vorsorgebeträge gewährt werden, und zwar bis zu 100 Prozent derjenigen Beträge, die für einen Vollzeitvertrag vorgesehen sind, wobei der Beitrag keinesfalls den Betrag von 4 Tausend 500 Euro auf Jahresbasis sowie den Höchstbetrag von insgesamt 18 Tausend Euro überschreiten darf. Im Falle der Überlassung zur Betreuung steht der Beitrag unabhängig vom Alter des Kindes für die gesamte Dauer der Überlassung zur Betreuung zu. Die bei öffentlichen Verwaltungen tätigen ArbeitnehmerInnen haben kein Anrecht auf den Beitrag.⁶

(4-bis) Alternativ können die Beiträge laut diesem Artikel zu denselben Bedingungen und unter denselben Voraussetzungen – unbeschadet der Bestimmungen laut Abs. 6 – auch für die Unterstützung der Beitragszahlungen in einen der durch das gesetzesvertretende Dekret vom 5. Dezember 2005, Nr. 252 geregelten Zusatzrentenfonds beantragt werden. Der Beitrag kann bis zu 4 Tausend Euro auf Jahresbasis für die Personen laut Abs. 1 und 3 und bis zu 2 Tausend Euro auf Jahresbasis für die Personen laut Abs. 4 betragen und darf in beiden Fällen keinesfalls den Höchstbetrag von insgesamt 8 Tausend Euro überschreiten. Die Kriterien für die Entrichtung der in diesem Artikel vorgesehenen Beiträge werden mit der im Abs. 5 genannten regionalen Verordnung festgesetzt. In der Verordnung kann außerdem vorgesehen werden, dass die antragstellende Person Anrecht auf die Beiträge hat, wenn sie bei Einreichung des Antrags ein Mindestbeitragskapital angesammelt hat, dessen Höhe in derselben Verordnung festzulegen ist und jedenfalls die Hälfte der in diesem Absatz festgesetzten jährlichen Höchstbeiträge für die Unterstützung der Zusatzvorsorge nicht überschreiten darf.⁷

(4-ter) Die Beiträge laut Abs. 4-bis können auch von Hausangestellten von der Vollendung des dritten Lebensmonats bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes bzw. im Falle einer Adoption vom Ende des dritten Monats bis zum Ende des dritten Jahres ab dem Datum der Adoptionsmaßnahme bis zum Betrag von 4 Tausend Euro auf Jahresbasis und dem Höchstbetrag von insgesamt 8 Tausend Euro beantragt werden. Im Falle der Anvertrauung eines Pflegekindes steht der Beitrag unabhängig vom Alter des Kindes für die gesamte Dauer der Anvertrauung zu.⁸

(5) Jede weitere für die Durchführung der in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen erforderliche Verfügung wird in einer regionalen Verordnung festgesetzt, die innerhalb drei Monaten ab dem Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes zu erlassen ist. Alternativ zum fünfjährigen Wohnsitz laut Abs. 1 und 4 wird der historische Wohnsitz von fünfzehn Jahren anerkannt, von denen wenigstens eines unmittelbar vor der Einreichung des Gesuches liegen muss. Die Modalitäten und Fristen für die Einreichung der Gesuche und für die Entrichtung der Beiträge werden von einer jeden Autonomen Provinz mit eigener Verordnung festgesetzt. Unbeschadet der Möglichkeit für die Autonomen Provinzen, längere Fristen festzulegen, können die Gesuche um die Unterstützung der freiwilligen Beitragsleistung auf jeden Fall bis zum 30. Juni des Jahres nach dem betreffenden Beitragsjahr eingereicht werden; die Unterstützungsgesuche betreffend Rückstände können innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Frist eingereicht werden, welche die Rentenkasse, die die Beitragsleistung genehmigt hat, für die Einzahlung dieser Beiträge festgelegt hat.^{9 10}

(6) Die Beiträge laut diesem Artikel sind miteinander vereinbar, können jedoch nicht kumuliert werden, wobei die für jede Art von Beitrag vorgesehenen Grenzen keinesfalls überschritten werden dürfen. Weiters können sie nicht mit den Maßnahmen laut Art. 2 sowie jenen laut Art. 4, 6-bis, 6-ter und – sofern die Inhaberin/der Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebs mit der/dem Empfangsberechtigten übereinstimmt – Art. 14 und folgende des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 in geltender Fassung (Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der zu den freiwilligen Beitragszahlungen ermächtigten

⁶ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 3 und 4 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3, durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 15. Dezember 2016, Nr. 17 und durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

⁷ Der Absatz wurde durch den Art. 3 Abs. 1 des RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8 (Finanzgesetz) eingefügt, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. e) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. e) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

⁸ Der Absatz wurde durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. f) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 eingefügt.

⁹ Der Satz wurde durch den Art. 4 Abs. 5 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 hinzugefügt.

¹⁰ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. f) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert.

Personen und der Bauern, Halb- und Teilpächter) kumuliert werden. Überdies können sie nicht mit der Maßnahme laut Regionalgesetz vom 20. November 2020, Nr. 4 (Vorsorgemaßnahme für Künstler) kumuliert werden und sind mit der Eintragung bei der im Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 in geltender Fassung vorgesehenen freiwilligen regionalen Rentenversicherung für die im Haushalt tätigen Personen unvereinbar. Die Beiträge zur Unterstützung der Zusatzvorsorge laut Abs. 4-*bis* und 4-*ter* können – unbeschadet der Tatsache, dass sie von der Vollendung des dritten Lebensmonats bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes bzw. im Falle einer Adoption vom Ende des dritten Monats bis zum Ende des dritten Jahres ab dem Datum der Adoptionsmaßnahme zustehen – auch für die durch fiktive Beitragszahlung gedeckten Zeiten – mit Ausnahme jener infolge von Arbeitsplatzverlust – gewährt und mit den im gesetzesvertretenden Dekret vom 26. März 2001, Nr. 151 vorgesehenen Zulagen und Urlauben kumuliert werden.¹¹

(6-*bis*) Die Provinzen können vorsehen, dass die für die Unterstützung der freiwilligen Weiterzahlung der Rentenversicherung bestimmten Beiträge laut diesem Artikel der betroffenen Person vorgestreckt werden.¹²

Art. 2 Rentenmäßige Absicherung der Pflegezeiten

(1) Selbständig Erwerbstätigen, Freiberuflern/Freiberuflerinnen und Personen, die dazu ermächtigt sind, bei den Vorsorgekassen der FreiberuflerInnen, bei Rentenverwaltungen für abhängig oder selbständig Erwerbstätige oder bei der getrennten NISF/INPS-Verwaltung freiwillige Beiträge einzuzahlen, und seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben, kann für die Zeiträume, in denen sie sich der Betreuung pflegebedürftiger Familienangehöriger widmen, bis zum Erreichen der Mindestvoraussetzung für die Dienstalters- oder Altersrente ein Beitrag in Höhe des zur rentenmäßigen Absicherung der oben genannten Zeiträume eingezahlten Betrags und jedenfalls bis zum Höchstbetrag von 4 Tausend Euro auf Jahresbasis entrichtet werden. Den in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst unselbständig Beschäftigten steht der Beitrag für den nicht rentenmäßig abgesicherten Wartestand zu. Diejenigen, die eine direkte Rente beziehen, haben kein Anrecht auf den Beitrag.¹³

(1-*bis*) Der Beitrag gemäß Abs. 1 wird im Ausmaß von höchstens 9 Tausend Euro auf Jahresbasis entrichtet, wenn pflegebedürftige Kinder oder Pflegekinder im Alter unter fünf Jahren betreut werden. Im Falle von Anmeldung bei Erziehungseinrichtungen und Tagesstätten für Behinderte kann der Beitrag jedenfalls höchstens 4 Tausend Euro auf Jahresbasis betragen.¹⁴

(2) Den Personen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben und die eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, um pflegebedürftige Familienangehörige zu betreuen, kann ein Beitrag zwecks Ergänzung der zu entrichtenden Vorsorgebeträge, und zwar bis zu 100 Prozent derjenigen Beträge, die für einen Vollzeitvertrag vorgesehen sind, jedoch bis zum Höchstbetrag von 2 Tausend Euro auf Jahresbasis entrichtet werden. Der Beitrag wird bis zum Erreichen der Mindestvoraussetzung für die Dienstalters- oder Altersrente gewährt.¹⁵

¹¹ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 6 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3, durch den Art. 2 Abs. 3 des RG vom 27. September 2010, Nr. 2 geändert, durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 ersetzt, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 15. Dezember 2016, Nr. 17, durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. g) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert und durch den Art. 1 Abs. 1 Buchst. g) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

¹² Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 1 Buchst. h) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 hinzugefügt.

¹³ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 4 des RG vom 27. September 2010, Nr. 2, durch den Art. 2 Abs. 2 Buchst. a) und b) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4, durch den Art. 4 Abs. 2 Buchst. a) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 und durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 geändert.

¹⁴ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 8 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 eingeführt und durch den Art. 2 Abs. 2 Buchst. c) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 und durch den Art. 4 Abs. 2 Buchst. b) und f) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert. Es wird darauf hingewiesen, dass im entsprechenden deutschen Text die Worte „pro Jahr“ durch die Worte „auf Jahresbasis“ ersetzt wurden.

¹⁵ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 2 Buchst. a) und d) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 und durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 geändert. Es wird darauf hingewiesen, dass im entsprechenden deutschen Text die Worte „pro Jahr“ durch die Worte „auf Jahresbasis“ ersetzt wurden.

(2-*bis*) Für denselben Zeitraum der häuslichen Betreuung pflegebedürftiger Familienangehöriger können die Beiträge laut diesem Artikel auch für die Unterstützung der Zusatzvorsorge bis zum Höchstbetrag von 4 Tausend Euro auf Jahresbasis für die Personen laut Abs. 1 und 1-*bis* und bis zum Höchstbetrag von 2 Tausend Euro auf Jahresbasis für die Personen laut Abs. 2 beantragt werden, wobei der für jede Maßnahme insgesamt vorgesehene Höchstbetrag unverändert bleibt. Die Beiträge laut diesem Absatz können auch von Hausangestellten bis zum Höchstbetrag von 4 Tausend Euro auf Jahresbasis beantragt werden. Die Kriterien für die Entrichtung der in diesem Artikel vorgesehenen Beiträge werden mit der im Abs. 3 genannten regionalen Verordnung festgesetzt. In der Verordnung kann außerdem vorgesehen werden, dass die antragstellende Person Anrecht auf die Beiträge hat, wenn sie bei Einreichung des Antrags ein Mindestbeitragskapital angereift hat, dessen Höhe in derselben Verordnung festzulegen ist und jedenfalls die Hälfte der in diesem Absatz festgesetzten Höchstbeiträge für die Unterstützung der Zusatzvorsorge nicht überschreiten darf.¹⁶

(3) Die betroffenen Kategorien von Familienangehörigen, die Pflegestufe sowie jegliche weitere Verfügung, die für die Durchführung der in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen erforderlich ist, werden in der im Art. 1 Abs. 5 genannten regionalen Verordnung festgesetzt. Vorbehaltlich der Tatsache, dass der Beitrag die in den Abs. 1 und 2 angeführten Beträge nicht überschreiten darf, kann in der regionalen Verordnung außerdem vorgesehen werden, dass genannter Beitrag im Verhältnis zur Pflegestufe des betreuten Familienangehörigen abgestuft wird. Alternativ zum fünfjährigen Wohnsitz laut Abs. 1 und 2 wird der historische Wohnsitz von fünfzehn Jahren anerkannt, von denen wenigstens eines unmittelbar vor der Einreichung des Gesuches liegen muss. Die Modalitäten und Fristen für die Einreichung der Gesuche und für die Entrichtung der Beiträge werden von einer jeden Autonomen Provinz mit eigener Verordnung festgesetzt. Unbeschadet der Möglichkeit für die Autonome Provinzen, längere Fristen festzulegen, können die Gesuche um die Unterstützung der freiwilligen Beitragsleistung auf jeden Fall bis zum 30. Juni des Jahres nach dem betreffenden Beitragsjahr eingereicht werden; die Unterstützungsgesuche betreffend Rückstände können innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Frist eingereicht werden, welche die Rentenkasse, die die Beitragsleistung genehmigt hat, für die Einzahlung dieser Beiträge festgelegt hat.¹⁷

(4) Die Beiträge laut diesem Artikel können nicht mit den Maßnahmen laut Art. 4, 6-*bis*, 6-*ter* und – sofern die Inhaberin/der Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebs mit der/dem Empfangsberechtigten übereinstimmt – Art. 14 und folgende des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 in geltender Fassung kumuliert werden. Überdies können sie nicht mit der Maßnahme laut Regionalgesetz vom 20. November 2020, Nr. 4 kumuliert werden und sind mit der Eintragung bei der im Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 in geltender Fassung vorgesehenen freiwilligen regionalen Rentenversicherung für die im Haushalt tätigen Personen unvereinbar. Die Beiträge zur Unterstützung der Zusatzvorsorge laut Abs. 2-*bis* können auch für die durch fiktive Beitragszahlung gedeckten Zeiten – mit Ausnahme jener infolge von Arbeitsplatzverlust – gewährt und mit den im gesetzesvertretenden Dekret vom 26. März 2001, Nr. 151 vorgesehenen Zulagen und Urlauben kumuliert werden.¹⁸

(4-*bis*) Die Provinzen können vorsehen, dass die für die Unterstützung der freiwilligen Weiterzahlung der Rentenversicherung bestimmten Beiträge laut diesem Artikel der betroffenen Person vorgestreckt werden.¹⁹

¹⁶ Der Absatz wurde durch den Art. 3 Abs. 2 des RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8 (Finanzgesetz) eingefügt, durch den Art. 4 Abs. 2 Buchst. c) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 und durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 geändert.

¹⁷ Der Satz wurde durch den Art. 4 Abs. 9 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 hinzugefügt.

¹⁸ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 5 des RG vom 27. September 2010, Nr. 2, durch den Art. 4 Abs. 2 Buchst. d) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert und durch den Art. 2 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 20. Oktober 2021, Nr. 6 ersetzt.

¹⁹ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 2 Buchst. e) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 hinzugefügt.

[Art. 3²⁰ Regionales Familiengeld

(1) Den Arbeitnehmern/innen, den Arbeitslosen und den in den Mobilitätslisten eingetragenen Personen, den bei den jeweiligen Sonderverwaltungen des NISF/INPS eingetragenen selbständig Erwerbstätigen, den bei der getrennten Verwaltung des NISF/INPS eingetragenen Personen, den Freiberuflern/innen, den Personen, die nicht den Formen der obligatorischen Vorsorge beigetreten sind sowie den Rentnern/innen, die seit mindestens fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben oder mit einer Person verheiratet sind, die diese Voraussetzungen erfüllt, wird für die Kinder und diesen gleichgestellten Personen – sofern sie in der Region wohnhaft sind – das regionale Familiengeld entrichtet. Alternativ zum fünfjährigen Wohnsitz wird der historische meldeamtliche Wohnsitz von fünfzehn Jahren anerkannt, von denen wenigsten eines unmittelbar vor der Einreichung des Gesuches liegen muss. Das Familiengeld steht außerdem den EU-Bürgerinnen und -Bürgern in den Grenzen und gemäß den Kriterien zu, die in den europäischen Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit vorgesehen sind. Mit der Verordnung laut Abs. 4 kann der Regionalausschuss weitere Voraussetzungen vorsehen, um in den Genuss des Familiengeldes laut diesem Artikel zu kommen. Dieses steht nur einem/r GesuchstellerIn pro Familie zu, und zwar aufgrund der Zusammensetzung der Familie und deren wirtschaftlicher Lage. Das Familiengeld steht den Mitgliedern von Verwaltungs- und Kontrollorganen von Gesellschaften sowie den Mitgliedern von Gremien und Kommissionen nicht zu. Das Familiengeld wird gemäß der beiliegenden Tabelle A) entrichtet.²¹

(2) Bei Alleinerziehenden wird das Familiengeld laut Abs. 1 gemäß der beiliegenden Tabelle B) ausgezahlt.

(3) Bei Familien mit mindestens einem behinderten Kind oder einer diesem gleichgestellten Person wird das Familiengeld laut Abs. 1 gemäß der beiliegenden Tabelle C) entrichtet. Die Region kann mit eigener Verordnung eine Erhöhung der Zulage von höchstens 30 Prozent vorsehen, falls in der Familie mehrere behinderte Kinder oder diesen gleichgestellte Personen leben.²²

(4) Die Zusammensetzung der Familie, der Begriff „Alleinerziehende/r“, die Kinder und die diesen gleichgestellten Personen, sowie die wirtschaftliche Lage der Familie zwecks Zuerkennung der Zulage sowie jegliche weitere Verfügung, die für die Durchführung der in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen erforderlich ist, werden in der regionalen Verordnung gemäß Abs. 5 des Art. 1 definiert. Mit regionaler Verordnung, die nach Einvernehmen mit den Autonomen Provinzen Trient und Bozen genehmigt wird, können die Bezugspunkte für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage, einschließlich der Zusammensetzung der Familie und der Bewertungssysteme, auch mit unterschiedlichen Modalitäten bestimmt werden, so dass die Einheitlichkeit mit den von den Autonomen Provinzen Trient und Bozen im Rahmen der jeweiligen Sozialpolitik angewandten Systemen gewährleistet wird. Die Modalitäten und Fristen für die Einreichung der Gesuche und für die Entrichtung der Beiträge werden von einer jeden Autonomen Provinz mit eigener Verordnung festgesetzt. Die Provinzen können ferner vorsehen, dass das Familiengeld ganz oder teilweise in Form von Dienstgutscheinen nach den von den Provinzen festgelegten Kriterien und Modalitäten ausgezahlt wird.²³

²⁰ Der Artikel wurde durch den Art. 10 Abs. 1 des RG vom 26. Juli 2016, Nr. 7 mit Wirkung vom 1. Jänner 2018 aufgehoben.

²¹ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 10 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 ersetzt, durch den Art. 3 Abs. 3 des RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8 (Finanzgesetz) geändert und durch den Art. 2 Abs. 3 Buchst. a) des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 ersetzt. Siehe auch den Art. 3 des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4. Der Verfassungsgerichtshof hatte mit Erkenntnis vom 7. Juni 2013, Nr. 133 (Gesetzblatt der Republik vom 12. Juni 2013, Nr. 24 – Erste Sonderreihe) die Verfassungswidrigkeit des zweiten Satzes dieses Absatzes, geändert durch den erwähnten Art. 3 Abs. 3 des RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8, erklärt. Genannter Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 1 des RG vom 12. September 2013, Nr. 6 geändert.

²² Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 11 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 geändert. Siehe auch den Art. 5 desselben Gesetzes.

²³ Der Absatz wurde durch den Art. 3 Abs. 4 und durch den Art. 14 Abs. 1 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 14. Dezember 2011, Nr. 8 (Finanzgesetz) geändert. Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 3 Buchst. b) des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 geändert. Siehe auch den Art. 3 des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4.

(4-bis) Das in diesem Artikel vorgesehene Familiengeld wird in Durchführung des Art. 6 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 und mit Bezug auf den Art. 31 der Verfassung eingeführt, um die geltenden staatlichen Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Vorsorge im Rahmen der Zuständigkeiten der Region zu ergänzen und die Familie in ihrer sozialen Funktion zu schützen und zu unterstützen. Das Familiengeld laut diesem Artikel versteht sich daher ab dem Zeitpunkt seiner Einführung als Ergänzung des Familiengelds gemäß Gesetz vom 13. Mai 1988, Nr. 153 (Umwandlung in Gesetz – mit Änderungen – des Gesetzesdekrets vom 13. März 1988, Nr. 69 betreffend Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Vorsorge, Bestimmungen für die Verbesserung der Verwaltung der Hafenkörperschaften und weitere dringende Bestimmungen) und ist mit eventuellen Familienzulagen kumulierbar, die von Vorsorgeanstalten ausgezahlt werden. Das regionale Familiengeld steht – sofern die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind – auf jeden Fall auch denjenigen zu, die nicht die genannten staatlichen Zulagen beziehen.²⁴

(5) Für die Zwecke laut diesem Artikel wird eine jährliche Gesamtausgabe in Höhe von 68 Millionen 900 Tausend Euro, einschließlich der im Sinne des Art. 13 Abs. 5 vorgenommenen Anpassung, vorgesehen.^{25]}

Art. 4 Vorsorgemaßnahmen für Arbeitslose oder für Personen, die die Arbeitstätigkeit reduzieren²⁶

(1) Den Arbeitslosen, die ihren Wohnsitz in der Region Trentino-Südtirol haben, steht ein Beitrag zur Unterstützung der freiwilligen Beitragszahlungen zu, dessen auf Jahresbasis hochgerechneter Betrag 7 Tausend Euro nicht überschreiten darf. Der Beitrag steht den EU-Bürgerinnen und -Bürgern in den Grenzen und gemäß den Kriterien zu, die in den europäischen Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Koordinierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit vorgesehen sind. Der Beitrag wird gemäß den Kriterien und Modalitäten ausgezahlt, die von den Autonomen Provinzen Trient und Bozen festgelegt werden. Letztere bestimmen im Einklang mit den jeweiligen Arbeitspolitiken und in den Grenzen der von der Region zu diesem Zweck zugewiesenen finanziellen Mittel die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Beitrags, die Beträge, die Modalitäten für die Auszahlung des Beitrags sowie jede sonstige für die Umsetzung der Maßnahme erforderliche Einzelheit.

(2) Der Beitrag laut Abs. 1 steht auch den in der Region Trentino-Südtirol wohnhaften Personen zu, sofern sie:

- a) in Durchführung von Tarifabkommen, die keine Ersatzbeiträge vorsehen, bereit sind, die Arbeitstätigkeit zu reduzieren, um neue Einstellungen mit unbefristetem Arbeitsverhältnis zu begünstigen;
- b) wegen der Marktkrise suspendiert sind und keine Rentenversicherung haben.

(3) Der im Abs. 1 vorgesehene Beitrag wird im Verhältnis zu den tatsächlich eingezahlten freiwilligen Beiträgen und bis zur Erreichung der Mindestbeitragsleistung für die Frührente oder die Altersrente entrichtet.

Art. 4-bis²⁷

²⁴ Der Absatz wurde durch den Art. 3 Abs. 1 des RG vom 18. Juni 2012, Nr. 3 eingefügt.

²⁵ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 4 des RG vom 14. Dezember 2010, Nr. 4 (Finanzgesetz) ersetzt, das im Sinne desselben Art. 2 Abs. 21 am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getreten ist. Der Absatz wurde später durch den Art. 6 Abs. 1 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 13. Dezember 2012, Nr. 8 (Finanzgesetz) sowie durch den Art. 2 Abs. 3 Buchst. c) des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 geändert. Siehe auch den Art. 3 des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4.

²⁶ Der Artikel wurde durch den Art. 2 Abs. 4 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 ersetzt. Siehe auch den Art. 3 desselben Gesetzes.

²⁷ Der Artikel wurde durch den Art. 4 Abs. 12 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 eingeführt, durch den Art. 1 Abs. 1 des RG vom 11. Dezember 2009, Nr. 9 (Finanzgesetz) geändert und durch den Art. 2 Abs. 5 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 aufgehoben. Siehe auch den Art. 5 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 und den Art. 3 des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4.

Art. 5 Änderungen zum Regionalgesetz vom 11. September 1961, Nr. 8 betreffend „Ergänzungsbestimmungen zur Pflichtversicherung gegen die Silikose und Asbestose“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ²⁸

(2) Für die in diesem Artikel vorgesehenen Zielsetzungen wird eine jährliche Mehrausgabe in Höhe von 28 Tausend 800,00 Euro vorgesehen.

Art. 6 Änderungen zum Regionalgesetz vom 2. Jänner 1976, Nr. 1 betreffend „Maßnahmen zugunsten von Arbeitern, die Taubheit wegen Geräuschstörungen aufweisen“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ²⁹

(2) Für die in diesem Artikel vorgesehenen Zielsetzungen wird eine jährliche Mehrausgabe in Höhe von 870 Tausend Euro vorgesehen.

Art. 7 Änderungen zum Regionalgesetz vom 9. Dezember 1976, Nr. 14 betreffend „Maßnahmen hinsichtlich der Nachholungsbeiträge zu Pensionszwecken für die im Ausland geleistete Arbeit“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ³⁰

(2) (...) ³¹

(3) (...) ³²

(4) (...) ³³

(5) (...) ³⁴

(6) (...) ³⁵

(7) (...) ³⁶

(8) Für die in diesem Artikel vorgesehenen Zielsetzungen wird eine jährliche Mehrausgabe in Höhe von 450 Tausend Euro vorgesehen.

Art. 8 Änderungen zum Regionalgesetz vom 9. August 1957, Nr. 15 betreffend „Gewährung von Beiträgen an die gemäß Gesetzdekret des provisorischen Staatsoberhauptes vom 29. Juli 1947, Nr. 804 rechtlich anerkannten Patronate und Sozialfürsorgeanstalten

(1) (...) ³⁷

(2) (...) ³⁸

(3) (...) ³⁹

(4) (...) ⁴⁰

(5) (...) ⁴¹

²⁸ Ersetzt den Art. 2 Abs. 1 des RG vom 11. September 1961, Nr. 8.

²⁹ Ersetzt den Art. 3 Abs. 1 des RG vom 2. Jänner 1976, Nr. 1.

³⁰ Ergänzt den Art. 1 Abs. 1 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³¹ Fügt im Art. 1 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14 nach dem Abs. 2 den Abs. 2-*bis* hinzu.

³² Ändert den Art. 3 Abs. 1 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³³ Ändert den Art. 3 Abs. 2 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³⁴ Ändert den Art. 3 Abs. 4 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³⁵ Ändert den Art. 3 Abs. 5 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³⁶ Ersetzt den Art. 5 des RG vom 9. Dezember 1976, Nr. 14.

³⁷ Ändert den Titel des RG vom 9. August 1957, Nr. 15.

³⁸ Ändert den Art. 1 Abs. 1 des RG vom 9. August 1957, Nr. 15.

³⁹ Ersetzt den Art. 2 des RG vom 9. August 1957, Nr. 15.

⁴⁰ Ändert den Art. 3 Abs. 1 des RG vom 9. August 1957, Nr. 15.

⁴¹ Ändert den Art. 3 Abs. 2 des RG vom 9. August 1957, Nr. 15.

Art. 9 Änderungen zum Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7 betreffend „Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge zugunsten der im Haushalt tätigen Personen, der Saisonarbeiter und der Bauern, Halb- und Teilpächter“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ⁴²

(2) (...) ⁴³

(3) (...) ⁴⁴

(4) (...) ⁴⁵

(5) (...) ⁴⁶

(6) (...) ⁴⁷

(7) Der Beitrag laut Abs. 6 ist weder mit den anderen Maßnahmen gemäß Regionalgesetz vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen noch mit den anderen in diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen kumulierbar ⁴⁸.

(8) Für die im Abs. 6 und Art. 4 des Regionalgesetzes Nr. 7/1992, geändert durch diesen Artikel, vorgesehenen Zielsetzungen ist eine jährliche Ausgabe von höchstens 1 Million Euro vorgesehen.

Art. 10 Änderungen zum Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 betreffend „Einführung der freiwilligen Regionalversicherung für die Rente zugunsten der im Haushalt tätigen Personen“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ⁴⁹

Art. 11 Änderungen zum Regionalgesetz vom 27. November 1993, Nr. 19 betreffend die „Regionalzulage zugunsten der Arbeitslosen, die in den Mobilitätsverzeichnissen der Provinzen eingetragen sind, und Bestimmungen auf dem Gebiet der ergänzenden Vorsorge“ mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen

(1) (...) ⁵⁰

(2) (...) ⁵¹

(3) (...) ⁵²

(4) (...) ⁵³

(5) (...) ⁵⁴

Art. 12 Änderungen zum Regionalgesetz vom 27. Februar 1997, Nr. 3 „Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Zusammenhang mit den Rentenfonds auf regionaler Ebene“

(1) (...) ⁵⁵

(2) (...) ⁵⁶

⁴² Ändert den Art. 4 Abs. 1 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7.

⁴³ Ändert den Art. 4 Abs. 1 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7.

⁴⁴ Fügt im Art. 4 Abs. 1 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7 einen Satz hinzu.

⁴⁵ Fügt im Art. 4 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7 nach dem Abs. 1 die Abs. 1-*bis* und 1-*ter* ein.

⁴⁶ Ändert den Art. 4 Abs. 2 des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7.

⁴⁷ Fügt im RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7 nach dem I. Kapitel das I. Kapitel-*bis* ein.

⁴⁸ Das Wort „vereinbar“ wurde mit dem Art. 4 Abs. 13 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 durch das Wort „kumulierbar“ ersetzt.

⁴⁹ Fügt im Art. 7 des RG vom 28. Februar 1993, Nr. 3 nach dem Abs. 1 den Abs. 1-*bis* hinzu.

⁵⁰ Ändert den Art. 1 Abs. 1 des RG vom 27. November 1993, Nr. 19.

⁵¹ Streicht im Art. 1 Abs. 1 des RG vom 27. November 1993, Nr. 19, geändert durch den Art. 8 Abs. 1 Buchst. a) und b) des RG vom 19. Juli 1998, Nr. 6, die Worte „und die Antragsteller ordnungsgemäß in den Arbeitsvermittlungslisten eingetragen sind“.

⁵² Fügt im Art. 1 des RG vom 27. November 1993, Nr. 19 nach dem Abs. 1 die Abs. 1-*bis*, 1-*ter* und 1-*quater* ein.

⁵³ Ersetzt im Art. 7 Abs. 6 des RG vom 27. November 1993, Nr. 19 den ersten Satz.

⁵⁴ Ersetzt den Art. 8 des RG vom 27. November 1993, Nr. 19.

⁵⁵ Ändert den Art. 1 Abs. 1 des RG vom 27. Februar 1993, Nr. 3.

⁵⁶ Fügt im RG vom 27. Februar 1993, Nr. 3 nach dem Art. 1 den Art. 1-*bis* ein.

Art. 13 Übergangs- und Schlussbestimmungen

(1) Für die Zielsetzungen laut Art. 1, 2 und 4 wird die jährliche Gesamtausgabe von 15 Millionen Euro genehmigt.⁵⁷

(2) Die Maßnahmen gemäß Art. 1, 2, 4 und [4-bis]⁵⁸ werden im Einklang mit der Sozial-, Familien- und Arbeitspolitik jeder Autonomen Provinz durchgeführt, und zwar aufgrund der gemäß Abs. 1 den Provinzen zugewiesenen Mittel. Zu diesem Zwecke und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Erfordernisse auf Landesebene, auch mit Bezug auf die unterschiedliche Entwicklung des jeweiligen örtlichen Arbeitsmarktes, werden die in jeder Provinz durchzuführenden Maßnahmen gemäß Abs. 1 mit einer im Einvernehmen mit der betroffenen Provinz erlassenen Verordnung der Region festgesetzt, um den Erfordernissen nachzukommen, die in der betroffenen Provinz als vorrangig erkannt werden.⁵⁹

(3) Die Verwaltungsbefugnisse betreffend die Anwendung der Art. 1, 2, 3, 4, 4-bis und 9 werden mit Wirkung vom Datum des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf die Autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragen.⁶⁰

(4) Auf der Grundlage des von den Autonomen Provinzen angegebenen finanziellen Bedarfs teilt der Regionalausschuss die in den Art. 1, 2, [3]⁶¹, 4, [4-bis]⁶² und 9 vorgesehenen Fonds unter den Provinzen auf. In den Maßnahmen betreffend die Zuweisung der Finanzierungen werden die Modalitäten für deren Auszahlung festgesetzt.⁶³

(5) Mit Beschluss des Regionalausschusses können die Beträge gemäß Art. 1, 2 und [3]⁶⁴ samt Anlagen A), B) und C) mit Ausnahme des Abs. 5 sowie gemäß Art. 4, [Art. 4-bis]⁶⁵ und Art. 9 Abs. 6 angepasst werden, und zwar in einem Ausmaß, das die Änderung des Indexes der Verbraucherpreise für Haushalte von Arbeitern und Angestellten nicht übersteigen darf.⁶⁶

(6) Die Bestimmungen gemäß Art. 1, 2 und 4 gelten ausschließlich für die rentenmäßige Absicherung bezüglich der Zeiträume nach dem 1. Jänner 2005.

(7) Zwecks Bewertung der Auswirkungen der durchgeführten Politik übermitteln die Autonomen Provinzen an die Region innerhalb April die Daten zu den Maßnahmen laut Art. 1, 2, [3]⁶⁷, 4 und [4-bis]⁶⁸, die im vorangehenden Kalenderjahr verwirklicht wurden.⁶⁹

(8) Die Bestimmungen laut Art. 7 gelten für Beitragsgesuche, die nach dem 1. Jänner 2005 bei der gebietsmäßig zuständigen Autonomen Provinz eingereicht werden.

(9) Die Bestimmungen laut Art. 9 gelten für die freiwilligen Beitragsleistungen, die für die Jahre nach 2004 vorgenommen wurden.

⁵⁷ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*), durch den Art. 6 Abs. 2 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 13. Dezember 2012, Nr. 8 (Finanzgesetz) und durch den Art. 2 Abs. 6 des am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft getretenen RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 geändert. Siehe auch den Art. 3 des RG Nr. 4/2013.

Der Absatz wurde sodann durch den Art. 4 Abs. 3 Buchst. a) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 ersetzt und zuletzt durch den Art. 4 Abs. 1 des RG vom 24. Juli 2024, Nr. 2 geändert.

⁵⁸ Der Verweis auf den Art. 4-bis gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. b) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7

⁵⁹ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*) geändert.

⁶⁰ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*) geändert.

⁶¹ Der Verweis auf den Art. 3 gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. c) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶² Der Verweis auf den Art. 4-bis gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. b) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶³ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*) geändert.

⁶⁴ Der Verweis auf den Art. 3 gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. c) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶⁵ Der Verweis auf den Art. 4-bis gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. b) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶⁶ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*) geändert.

⁶⁷ Der Verweis auf den Art. 3 gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. c) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶⁸ Der Verweis auf den Art. 4-bis gilt als gestrichen laut Art. 4 Abs. 3 Buchst. b) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7.

⁶⁹ Der Absatz wurde durch den Art. 6 Abs. 1 Buchst. d) des RG vom 15. Juli 2009, Nr. 5 (*Begleitmaßnahmen zum Nachtragshaushalt der Region für das Jahr 2009*) und durch den Art. 4 Abs. 3 Buchst. d) des RG vom 27. Juli 2017, Nr. 7 geändert.

(10) Die Bestimmungen laut Art. 10 gelten für all diejenigen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der freiwilligen Versicherung laut Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen eingetragen sind.

(11) Die Bestimmungen laut Art. 11 Abs. 4 gelten ab dem Haushaltsjahr 2005.

(12) In den Regionalgesetzen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge versteht man unter der Änderung des Indexes der Verbraucherpreise für Haushalte von Arbeitern und Angestellten den Durchschnitt der Änderung des genannten Indexes, der in den Autonomen Provinzen Trient und Bozen erhoben wird

(13) Mit Wirkung vom 1. Juni 2005 besteht nicht mehr die Möglichkeit, den in den Art. 10, 18, 23 und 28 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen vorgesehenen Versicherungsformen beizutreten. Die Art. 10, 13, 18, 22, 23 und 28 finden weiterhin ausschließlich in Bezug auf die Vorsorgefälle Anwendung, die innerhalb der Ablaufrfrist des am 31. Mai 2005 laufenden Versicherungsjahres eingetreten sind. Mit 1. Juli 2005 finden die Art. 14 und 15 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen keine Anwendung mehr. Die im Art. 3 enthaltenen Bestimmungen werden in Bezug auf das ab dem 1. Juli 2005 zustehende regionale Familiengeld angewandt. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes findet das II. Kapitel des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen keine Anwendung mehr und ist es nicht mehr möglich, der freiwilligen Rentenversicherung für die im Haushalt tätigen Personen, die im Regionalgesetz vom 28. Februar 1993, Nr. 3 mit seinen späteren Änderungen und Ergänzungen vorgesehen und im Sinne des Art. 4 des Regionalgesetzes vom 16. Juli 2004, Nr. 1 ausgesetzt worden ist, beizutreten.

(14) Der/Die Präsident/in der Region wird ermächtigt, mit eigenem Dekret und nach Erlass des Beschlusses des Regionalausschusses die Bestimmungen dieses Gesetzes mit den Bestimmungen der Regionalgesetze vom 11. September 1961, Nr. 8, vom 2. Jänner 1976, Nr. 1, vom 9. Dezember 1976, Nr. 14, vom 9. August 1957, Nr. 15, vom 25. Juli 1992, Nr. 7, vom 27. November 1993, Nr. 19 und vom 27. Februar 1997, Nr. 3 mit den späteren Änderungen und Ergänzungen zu koordinieren.⁷⁰

(15) Diejenigen, die der Regionalverwaltung zum 31. Dezember 2004 ungerechtfertigt bezogene Beträge im Sinne der Regionalgesetze vom 11. September 1961, Nr. 8, vom 11. November 1971, Nr. 42 und vom 2. Jänner 1976, Nr. 1 schulden und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes mit der ratenweisen Rückzahlung der geschuldeten Beträge bereits angefangen haben, können nach Einreichung eines Antrags, der bis spätestens 30. Juni 2005 vorzulegen ist, den Restbetrag in einer einmaligen Zahlung rückerstatten. In diesem Fall werden die der Regionalverwaltung noch zustehenden Beträge um 20 Prozent gekürzt und sie müssen innerhalb eines Monats ab der Mitteilung der Ermächtigung zur Einzahlung entrichtet werden.

Art. 14 Finanzbestimmung

(1) Die Gesamtausgabe von 59 Millionen 150 Tausend Euro (davon betreffen 1.874.900,00 Euro Rückstände), die sich im Haushaltsjahr 2005 aus den Art. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 9 ergibt, wird für 58 Millionen 550 Tausend Euro durch die im Ausgabenkapitel 670 des Haushaltsvoranschlags der Region für das Jahr 2005 zur Verfügung stehenden Mittel und für 600 Tausend Euro durch das Ausgabenkapitel 1985, in dem ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, gedeckt.

(2) Die Ausgaben, die sich auf die darauf folgenden Haushaltsjahre beziehen, werden mit Haushaltsgesetz im Sinne des Art. 7 und in den Grenzen gemäß Art. 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 gedeckt.

Art. 15 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

⁷⁰ Siehe das DPREG. vom 5. Mai 2005, Nr. 8/L.

VORSORGE

TABELLA/TABELLE A)⁷¹

NUCLEI FAMILIARI CON ENTRAMBI I GENITORI (IN CUI NON SONO PRESENTI FIGLI ED EQUIPARATI DISABILI)
FAMILIEN MIT BEIDEN ELTERN (IN DENEN KEINE KINDER ODER DIESEN GLEICHGESTELLTE PERSONEN MIT BEHINDERUNG LEBEN)

Importo complessivo mensile dell'assegno per livello di condizione economica del nucleo familiare e numero dei figli
Monatlicher Gesamtbetrag der Zulage je nach wirtschaftlicher Lage der Familie und Anzahl der Kinder

Condizione economica Wirtschaftliche Lage		Numero di figli/Anzahl der Kinder								
da ... von ...	a ... bis ...	Figlio unico Einzelkind	2 o/oder 1*	3	4	5	6	7	oltre/über 7	
€ 0,00 -	€ 13.479,00	€ 76,16	€ 108,06	€ 216,13	€ 324,19	€ 432,25	€ 540,31	€ 648,38	€ 648,38	
€ 13.479,01 -	€ 16.342,00	€ 70,72	€ 103,80	€ 204,75	€ 307,48	€ 411,41	€ 516,15	€ 621,49	€ 621,49	
€ 16.342,01 -	€ 19.206,00	€ 65,28	€ 99,53	€ 193,38	€ 290,78	€ 390,54	€ 491,97	€ 594,60	€ 594,60	
€ 19.206,01 -	€ 22.128,00	€ 59,84	€ 95,27	€ 182,00	€ 274,07	€ 369,69	€ 467,80	€ 567,72	€ 567,72	
€ 22.128,01 -	€ 24.991,00	€ 54,40	€ 91,00	€ 170,63	€ 257,36	€ 348,83	€ 443,63	€ 540,82	€ 540,82	
€ 24.991,01 -	€ 27.853,00	€ 54,40	€ 86,74	€ 159,25	€ 240,65	€ 327,98	€ 419,46	€ 513,95	€ 513,95	
€ 27.853,01 -	€ 30.820,00	€ 54,40	€ 82,47	€ 147,88	€ 223,95	€ 307,13	€ 395,28	€ 487,05	€ 487,05	
€ 30.820,01 -	€ 33.638,00	€ 54,40	€ 78,21	€ 136,50	€ 207,24	€ 286,27	€ 371,11	€ 460,18	€ 460,18	
€ 33.638,01 -	€ 36.502,00		€ 73,94	€ 125,13	€ 190,53	€ 265,42	€ 346,94	€ 433,29	€ 433,29	
€ 36.502,01 -	€ 39.424,00		€ 69,68	€ 113,75	€ 173,82	€ 244,56	€ 322,77	€ 406,40	€ 406,40	
€ 39.424,01 -	€ 42.287,00		€ 65,41	€ 102,38	€ 157,12	€ 223,71	€ 298,59	€ 379,52	€ 379,52	
€ 42.287,01 -	€ 45.149,00		€ 61,15	€ 91,00	€ 140,42	€ 202,85	€ 274,43	€ 352,63	€ 352,63	
€ 45.149,01 -	€ 48.073,00		€ 56,88	€ 79,63	€ 123,71	€ 182,00	€ 250,25	€ 325,74	€ 325,74	
€ 48.073,01 -	€ 50.936,00			€ 68,25	€ 106,99	€ 161,15	€ 226,08	€ 298,85	€ 298,85	
€ 50.936,01 -	€ 53.798,00			€ 56,88	€ 90,29	€ 140,29	€ 201,91	€ 271,97	€ 271,97	
€ 53.798,01 -	€ 56.661,00				€ 73,58	€ 119,44	€ 177,74	€ 245,07	€ 245,07	
€ 56.661,01 -	€ 59.523,00				€ 56,88	€ 98,58	€ 153,56	€ 218,20	€ 218,20	
€ 59.523,01 -	€ 62.385,00					€ 77,73	€ 129,40	€ 191,30	€ 191,30	
€ 62.385,01 -	€ 65.248,00					€ 56,88	€ 105,22	€ 164,43	€ 164,43	
€ 65.248,01 -	€ 68.110,00						€ 81,05	€ 137,53	€ 137,53	
€ 68.110,01 -	€ 70.972,00						€ 56,88	€ 110,65	€ 110,65	
€ 70.972,01 -	€ 73.835,00							€ 83,77	€ 83,77	
€ 73.835,01 -	€ 76.697,00							€ 56,88	€ 56,88	

* In presenza di altri figli maggiorenni / Bei Vorhandensein weiterer volljähriger Kinder

⁷¹ Die ursprüngliche Tabelle wurde zuerst durch den Art. 4 Abs. 14 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 und später aufgrund des Art. 2 Abs. 3 Buchst. d) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 durch die Tabelle A) des letztgenannten Gesetzes ersetzt.

REGIONALGESETZ VOM 18. FEBRUAR 2005, NR. 1

TABELLA/TABELLE B)⁷²

NUCLEI FAMILIARI CON UN UNICO GENITORE (IN CUI NON SONO PRESENTI FIGLI ED EQUIPARATI DISABILI)
FAMILIEN MIT NUR EINEM ELTERNTEIL (IN DENEN KEINE KINDER ODER DIESEN GLEICHGESTELLTE PERSONEN MIT BEHINDERUNG LEBEN)

Importo complessivo mensile dell'assegno per livello di condizione economica del nucleo familiare e numero dei figli
Monatlicher Gesamtbetrag der Zulage je nach wirtschaftlicher Lage der Familie und Anzahl der Kinder

Condizione economica Wirtschaftliche Lage		Numero di figli/Anzahl der Kinder							
da ... von ...	a ... bis ...	Figlio unico Einzelkind	2 o/oder 1*	3	4	5	6	7	oltre/über 7
€ 0,00 -	€ 13.479,00	€ 76,16	€ 117,17	€ 216,13	€ 500,50	€ 671,13	€ 841,75	€ 949,81	€ 949,81
€ 13.479,01 -	€ 16.342,00	€ 65,28	€ 102,95	€ 202,85	€ 468,81	€ 632,74	€ 798,16	€ 905,17	€ 905,17
€ 16.342,01 -	€ 19.206,00	€ 54,40	€ 97,82	€ 189,58	€ 437,14	€ 594,34	€ 754,54	€ 860,52	€ 860,52
€ 19.206,01 -	€ 22.128,00		€ 92,71	€ 176,31	€ 405,44	€ 555,96	€ 710,94	€ 815,87	€ 815,87
€ 22.128,01 -	€ 24.991,00		€ 87,58	€ 163,04	€ 373,75	€ 517,56	€ 667,34	€ 771,23	€ 771,23
€ 24.991,01 -	€ 27.853,00		€ 82,47	€ 149,77	€ 342,06	€ 479,18	€ 623,73	€ 726,58	€ 726,58
€ 27.853,01 -	€ 30.820,00		€ 77,35	€ 136,50	€ 310,38	€ 440,78	€ 580,13	€ 681,94	€ 681,94
€ 30.820,01 -	€ 33.638,00		€ 72,23	€ 123,23	€ 278,69	€ 402,40	€ 536,53	€ 637,29	€ 637,29
€ 33.638,01 -	€ 36.502,00		€ 67,11	€ 109,96	€ 247,00	€ 364,00	€ 492,92	€ 592,64	€ 592,64
€ 36.502,01 -	€ 39.424,00		€ 61,99	€ 96,69	€ 215,32	€ 325,61	€ 449,31	€ 547,99	€ 547,99
€ 39.424,01 -	€ 42.287,00		€ 56,88	€ 83,42	€ 183,63	€ 287,22	€ 405,72	€ 503,34	€ 503,34
€ 42.287,01 -	€ 45.149,00			€ 70,15	€ 151,94	€ 248,83	€ 362,10	€ 458,70	€ 458,70
€ 45.149,01 -	€ 48.073,00			€ 56,88	€ 120,25	€ 210,44	€ 318,50	€ 414,05	€ 414,05
€ 48.073,01 -	€ 50.936,00				€ 88,56	€ 172,05	€ 274,90	€ 369,41	€ 369,41
€ 50.936,01 -	€ 53.798,00				€ 56,88	€ 133,66	€ 231,29	€ 324,76	€ 324,76
€ 53.798,01 -	€ 56.661,00					€ 95,27	€ 187,69	€ 280,11	€ 280,11
€ 56.661,01 -	€ 59.523,00					€ 56,88	€ 144,08	€ 235,46	€ 235,46
€ 59.523,01 -	€ 62.385,00						€ 100,48	€ 190,81	€ 190,81
€ 62.385,01 -	€ 65.248,00						€ 56,88	€ 146,17	€ 146,17
€ 65.248,01 -	€ 68.110,00							€ 101,52	€ 101,52
€ 68.110,01 -	€ 70.972,00							€ 56,88	€ 56,88

* In presenza di altri figli maggiorenni / Bei Vorhandensein weiterer volljähriger Kinder

⁷² Die ursprüngliche Tabelle wurde zuerst durch den Art. 4 Abs. 14 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 und später aufgrund des Art. 2 Abs. 3 Buchst. d) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 durch die Tabelle B) des letztgenannten Gesetzes ersetzt.

VORSORGE

TABELLA/TABELLE C)⁷³

NUCLEI FAMILIARI IN CUI SONO PRESENTI FIGLI O EQUIPARATI DISABILI
FAMILIEN MIT KINDERN ODER DIESEN GLEICHGESTELLTEN PERSONEN MIT BEHINDERUNG

Importo complessivo mensile dell'assegno per livello di condizione economica del nucleo familiare e numero dei figli
Monatlicher Gesamtbetrag der Zulage je nach wirtschaftlicher Lage der Familie und Anzahl der Kinder

Condizione economica Wirtschaftliche Lage		Numero di figli/Anzahl der Kinder								
da ... von ...	a ... bis ...	Figlio unico Einzelkind	2 o/oder 1*	3	4	5	6	7	oltre/über 7	
€ 0,00 -	€ 13.479,00	€ 341,25	€ 449,31	€ 557,38	€ 665,44	€ 949,81	€ 1.057,88	€ 1.165,94	€ 1.165,94	
€ 13.479,01 -	€ 16.342,00	€ 312,81	€ 416,61	€ 521,62	€ 627,41	€ 900,21	€ 1.007,83	€ 1.115,53	€ 1.115,53	
€ 16.342,01 -	€ 19.206,00	€ 284,38	€ 383,91	€ 485,87	€ 589,37	€ 850,60	€ 957,78	€ 1.065,11	€ 1.065,11	
€ 19.206,01 -	€ 22.128,00	€ 255,94	€ 351,21	€ 450,12	€ 551,33	€ 801,00	€ 907,73	€ 1.014,71	€ 1.014,71	
€ 22.128,01 -	€ 24.991,00	€ 227,50	€ 318,50	€ 414,39	€ 513,30	€ 751,39	€ 857,68	€ 964,29	€ 964,29	
€ 24.991,01 -	€ 27.853,00	€ 199,06	€ 285,80	€ 378,63	€ 475,26	€ 701,77	€ 807,63	€ 913,89	€ 913,89	
€ 27.853,01 -	€ 30.820,00	€ 170,63	€ 253,09	€ 342,88	€ 437,23	€ 652,17	€ 757,57	€ 863,47	€ 863,47	
€ 30.820,01 -	€ 33.638,00	€ 142,19	€ 220,40	€ 307,13	€ 399,20	€ 602,56	€ 707,53	€ 813,05	€ 813,05	
€ 33.638,01 -	€ 36.502,00	€ 113,75	€ 187,69	€ 271,37	€ 361,16	€ 552,95	€ 657,48	€ 762,64	€ 762,64	
€ 36.502,01 -	€ 39.424,00	€ 85,31	€ 154,99	€ 235,62	€ 323,11	€ 503,34	€ 607,43	€ 712,24	€ 712,24	
€ 39.424,01 -	€ 42.287,00	€ 56,88	€ 122,28	€ 199,87	€ 285,09	€ 453,74	€ 557,38	€ 661,82	€ 661,82	
€ 42.287,01 -	€ 45.149,00		€ 89,58	€ 164,14	€ 247,05	€ 404,14	€ 507,32	€ 611,41	€ 611,41	
€ 45.149,01 -	€ 48.073,00		€ 56,88	€ 128,38	€ 209,02	€ 354,52	€ 457,28	€ 560,99	€ 560,99	
€ 48.073,01 -	€ 50.936,00			€ 92,63	€ 170,98	€ 304,92	€ 407,23	€ 510,58	€ 510,58	
€ 50.936,01 -	€ 53.798,00			€ 56,88	€ 132,95	€ 255,30	€ 357,18	€ 460,18	€ 460,18	
€ 53.798,01 -	€ 56.661,00				€ 94,92	€ 205,70	€ 307,13	€ 409,76	€ 409,76	
€ 56.661,01 -	€ 59.523,00				€ 56,88	€ 156,08	€ 257,07	€ 359,34	€ 359,34	
€ 59.523,01 -	€ 62.385,00					€ 106,48	€ 207,02	€ 308,94	€ 308,94	
€ 62.385,01 -	€ 65.248,00					€ 56,88	€ 156,98	€ 258,52	€ 258,52	
€ 65.248,01 -	€ 68.110,00						€ 106,93	€ 208,10	€ 208,10	
€ 68.110,01 -	€ 70.972,00						€ 56,88	€ 157,71	€ 157,71	
€ 70.972,01 -	€ 73.835,00							€ 107,29	€ 107,29	
€ 73.835,01 -	€ 76.697,00							€ 56,88	€ 56,88	

* In presenza di altri figli maggiorenni / Bei Vorhandensein weiterer volljähriger Kinder

⁷³ Die ursprüngliche Tabelle wurde zuerst durch den Art. 4 Abs. 14 des RG vom 23. Mai 2008, Nr. 3 und später aufgrund des Art. 2 Abs. 3 Buchst. d) des RG vom 8. Juli 2013, Nr. 4 durch die Tabelle C) des letztgenannten Gesetzes ersetzt.